

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Dr. Ute Leidig (GRÜNE) Stadtrat Dr. Christofer Leschinger (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 16.07.2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	2. Plenarsitzung Gemeinderat 23.09.2014 2014/0012 19 öffentlich
Einrichtung einer Beratungsstelle zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und Aufbau eines Netzwerkes zur Nachqualifizierung		

1. Die Stadt Karlsruhe initiiert – evtl. in Kooperation mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege – eine Beratungsstelle zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
2. Im Rahmen der Einrichtung dieser Beratungsstelle erfolgt auch der Aufbau eines Netzwerkes, um Migrantinnen und Migranten, die eine Teilanerkennung für einen Berufsabschluss besitzen, eine berufliche Nachqualifizierung zu ermöglichen.
3. Es wird geprüft, inwiefern diese Beratungsstelle organisatorisch und räumlich an das "Welcome Center" der Technologieregion Karlsruhe angegliedert werden kann, um Synergien zu nutzen.

Sachverhalt/Begründung:

In Deutschland leben viele Migrantinnen und Migranten, die in ihrem Herkunftsland einen Berufsabschluss oder ein Studium absolviert haben, hier in Deutschland jedoch weit unter ihrem Qualifikationsniveau arbeiten – sprichwörtlich als Taxifahrer oder Putzfrau mit Diplom –, während andererseits in vielen Bereichen Fachkräfte gesucht werden.

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wird in Deutschland über unterschiedlichste Institutionen geregelt (Kammern, Berufsverbände etc.)

(siehe auch

http://www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/zustaendige_stellen.php).

Für Bürgerinnen und Bürger mit ausländischen Wurzeln ist es oft schwer zu erkennen, welche Entsprechung ihre im Ausland erworbene Ausbildung in Deutschland hat bzw. welche Unterlagen sie für eine Anerkennung vorlegen bzw. übersetzen lassen müssen. Es ist daher wichtig, eine Beratungsstelle aufsuchen zu können, die vorliegende Zeugnisse, bestehende Deutschkenntnisse und die individuellen beruflichen Perspektiven beurteilen und fachlich qualifizierte Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise aussprechen kann.

Nach der Verabschiedung des Landesanererkennungsgesetzes im Frühjahr 2012 wurde für jeden Regierungsbezirk eine einzige Stelle für die Anerkennung von Studienabschlüssen eingerichtet. Die für den Regierungsbezirk Karlsruhe liegt in Mannheim. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, dass diese Einrichtung alleine nicht ausreicht, um alle Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in der gesamten Region umfassend über mögliche Wege der Anerkennung aufzuklären. Insbesondere sind den Beratern und Beraterinnen in Mannheim die Situation in Karlsruhe und bestehende lokale Nachqualifizierungsmöglichkeiten nicht umfassend bekannt.

In vielen Fällen werden im Ausland erworbene Qualifikationen nur teilweise anerkannt. Für diese Personen ist eine sinnvolle und zeitnahe berufliche Nachqualifizierung wichtig. Die neue Beratungsstelle sollte daher über die Beratungstätigkeit hinaus ein Netzwerk der in Karlsruhe bereits in der beruflichen Fort- und Weiterbildung tätigen Träger koordinieren. So soll zusammengetragen werden, welche Angebote sprachlicher und fachlicher Art bereits bestehen und welche noch geschaffen werden müssen, um alle Bewerberinnen und Bewerber möglichst schnell sinnvoll vermitteln zu können und ihnen Berufschancen auf dem höchstmöglichen Qualifikationsniveau zu bieten.

Um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen, sollte erwogen werden, diese Beratungsstelle organisatorisch und räumlich an das sich im Aufbau befindliche "Welcome Center" der Technologieregion Karlsruhe anzugliedern.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Dr. Ute Leidig

Dr. Christofer Leschinger

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
1.09.2014